

# Ungesteuerte Massenimmigration als Effekt moralischer Erpressbarkeit

Wie Europa zum Notlazarett der Gesellschaftskrise entwicklungsblockierter Länder deformiert werden soll

Teil I:

Einleitung

## **Ursachenbekämpfung vor Ort statt Problemverlagerung via Migration**

1. Zur herrschaftskulturellen Kausalität der nach Westen gesteuerten Flüchtlingsströme
2. Flucht nach Europa als Naturgesetz?

Teil II:

## **Gesellschaftliche Folgen der unregulierten Masseneinwanderung für die Aufnahmeländer. Das Beispiel Deutschland.**

1. Ungesteuerter Zuwanderung als sozialökonomische „Bereicherung“?
2. Ungesteuerte Zuwanderung als soziokulturelle „Bereicherung“?
3. Ungesteuerter Zuwanderung als gesellschaftlicher Destabilisierungsfaktor

## **Grundlegende Aspekte eines problemadäquaten Handlungskonzepts**

## Teil II

### **Gesellschaftliche Folgen der unregulierten Masseneinwanderung für die Aufnahmeländer. Das Beispiel Deutschland.**

1. Ungesteuerte Zuwanderung als sozialökonomische „Bereicherung“?

Die reklametechnische Behauptung der Migrationsindustrie und ihrer politisch-medialen Werbeagenturen, Einwanderung stelle grundsätzlich eine Bereicherung dar und führe zu einer Vermehrung von positiver Vielfalt und „Buntheit“, ist nicht nur oberflächlich, sondern in dieser realitätsabstrakten Allgemeinheit schlicht falsch.

Tatsache ist vielmehr, dass generell Menschen mit Migrationshintergrund (MH) bundesweit zwei- bis dreimal so häufig arbeitslos wie Einheimische und mehr als doppelt so häufig auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind wie Personen ohne Migrationshintergrund. Laut der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung vom März 2014, ergibt sich

folgendes Bild. „Von den 2,14 Millionen Arbeitslosen (September 2013) mit Angaben zum Migrationsstatus hat mit 767.000 deutlich mehr als ein Drittel (36 Prozent) einen Migrationshintergrund.“ Zwei Fünftel der Arbeitslosen in der Grundsicherung haben einen Migrationshintergrund. „Bundesweit zeigt sich in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (41%) ein deutlich höherer Anteil von Arbeitslosen mit MH als im SGB III mit 26%.“ Mehr als zwei Drittel der Arbeitslosen mit MH sind ohne formalen Berufsabschluss. In der Gesamtgruppe der Menschen mit MH haben fast zwei Fünftel keine (formale und anerkannte) abgeschlossene Berufsausbildung.

„Bei Arbeitslosen ohne MH lag der Anteil der Geringqualifizierten bei 37%, bei den Arbeitslosen mit MH war dieser hingegen mit 67% fast doppelt so hoch.“

Betrachtet man die Migranten differenziert nach Herkunftsgruppen, dann liegen wiederum Menschen mit türkischem Migrationshintergrund bei fast allen Arbeitsmarktindikatoren deutlich unter dem Durchschnitt aller Migranten. „In keiner anderen Gruppe finden sich weniger Erwerbspersonen, nirgendwo ist der Anteil der Hausfrauen höher und sind weniger Erwerbstätige im öffentlichen Dienst und in Vertrauensberufen beschäftigt“ (Berlin-Institut 2014, S. 46).

Während türkisch-muslimische Zuwanderer einerseits im Durchschnitt das schlechteste Qualifikationsprofil und deshalb eine besonders hohe Rate von Arbeitslosengeld-II-Beziehern aufweisen, leben sie andererseits vergleichsweise in größeren Bedarfsgemeinschaften mit einem höheren Kinderanteil und daraus resultierend mit einem höheren Transfereinkommen.

Im Vergleich zu ausländischen Männern haben ausländische Frauen „häufiger keine abgeschlossene Berufsausbildung (56% zu 40%). Dies ist vor allem bei türkischen Frauen der Fall (70%); der entsprechende Anteil liegt bei Polinnen nur bei 24%“ (BAMF: Fortschritte der Integration 2010, S. 15f.). Damit korrespondiert, dass Türkinnen sehr viel seltener ganz- oder halbtageserwerbstätig sind als Frauen anderer Ausländergruppen (aus Polen, Italien, Ex-Jugoslawien und Griechenland).

Trotz ihres mit Abstand niedrigstem Bildungsniveau im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen weisen Personen türkischer Herkunft die geringsten Teilnahmequoten an Weiterbildungsmaßnahmen auf. (Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 146). Abstrahiert man von den oftmals islamgeschädigten und systemoppositionellen (antiislamistischen) Zuwanderern aus dem Iran, dann zeigt sich für Immigranten aus dem Nahen Osten, dass nur 63 Prozent all jener im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung stehen. Besonders niedrig ist die Erwerbsbeteiligung unter Frauen. Die Hausfrauenquote ist nach der von afrikanischen Frauen mit 45 Prozent die zweithöchste. Dabei wird dieser Durchschnittswert vor allem von Migrantinnen aus dem Libanon und dem Irak geprägt, von denen sich über zwei Drittel dem Arbeitsmarkt gar nicht erst zur Verfügung stellen. Migranten aus dem Nahen Osten hängen zudem zu 32% von öffentlichen Leistungen ab (Höchstwert). Obwohl ein Teil dieser Gruppe formal gut bis hoch qualifiziert ist, findet er nur selten eine entsprechende Beschäftigung.<sup>1</sup>

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den afrikanischen Immigranten: „Mit 20 Prozent weist diese Gruppe zusammen mit jener aus dem Nahen Osten die mit Abstand höchste Erwerbslosenquote auf. ... Ein Viertel aller afrikanischen Migranten zwischen 15 und 64 Jahren bezieht den hauptsächlichen Lebensunterhalt aus öffentlichen Leistungen, ein Wert, der nur von der Migrantengruppe aus dem Nahen Osten übertroffen wird.“<sup>2</sup>

---

1 Berlin Institut 2014, S. 39.

2 Berlin Institut 2014, S. 40.

Grundsätzlich zeigt sich der folgende arbeitsmarktpolitische Grundwiderspruch: Einerseits ein vielfach beklagter Fachkräftemangel, der durch Zuwanderung behoben werden soll, bei andererseits gleichzeitiger Existenz einer hohen Zahl von geringqualifizierten, relativ jungen und fehlsozialisierten Migranten mit einem zum Teil recht hohen Anomiepotenzial.

## 2. Ungesteuerte Zuwanderung als soziokulturelle „Bereicherung“?

Kann also keinesfalls von einer pauschalen sozialökonomischen „Bereicherung“ durch das bisher akkumulierte Zuwanderungsgeschehen gesprochen werden, so gilt das auch für die euphemistische Werbeparole der „Vielfalt“ und „Buntheit“. Was hier soziokulturell tatsächlich vorherrscht, ist vielmehr eine überwiegende reaktionär-regressive Eintönigkeit und Farblosigkeit.

So waren bereits 2013 64,9 % der Asylbewerber Muslime. „Die Betrachtung der Asylerstanträge des Jahres 2014 unter dem Aspekt Religionszugehörigkeit zeigt, dass mit 63,3 % Angehörige des Islam den größten Anteil der Erstantragsteller bilden, gefolgt von Christen mit 24,6 %. Damit gehören mehr als vier Fünftel (87,9 %) der Erstantragsteller einer dieser beiden Religionen an. An dritter Stelle folgen Yeziden mit 3,7 %.“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt Amt in Zahlen. Asyl. 2014, S. 24)

Obwohl man nicht alle Muslime über einen Kamm scheren kann, ist doch realistisch davon auszugehen, dass ein Großteil sozialisatorisch durch die orthodox-islamischen Weltanschauungsinhalte und Normvorgaben<sup>3</sup> geprägt ist und entsprechende Bewusstseins- und Verhaltensformen aufweist, die sich nicht so leicht von der subjektiven „Festplatte“ löschen lassen.<sup>4</sup> Hinzu kommt, dass die orthodox-islamischen Mainstreamakteure auf den Auf- und Ausbau gegengesellschaftlicher Sozialräume bedacht sind, in denen die grund- und menschenrechtswidrigen, antisäkularen und antiemanzipatorischen Vorgaben des Islam tradiert, verinnerlicht und reproduziert werden können<sup>5</sup>.

Der eigentliche Wesenskern der gesamten konfliktbeladenen Auseinandersetzung um Zuwanderung, Flüchtlingspolitik, Integration etc. liegt in dem objektiven Antagonismus zwischen europäischer säkular-demokratischer Lebenskultur einerseits und orientalischer islamisch-gottesherrschaftlicher Lebenskultur andererseits. Der Versuch, diesen Gegensatz ideologisch-politisch oder gar mittels juristischer Repression und/oder antiislamkritischer Hetzkampagnen zu eliminieren bzw. eine „multikulturalistische“ Eintracht per Dekret durchzusetzen, muss über kurz oder lang scheitern bzw. in den offenen Bürgerkrieg führen. Diesbezügliche Vorboten sind bereits jetzt klar erkennbar<sup>6</sup>.

Die westlich-europäische Moderne und ihre Werteordnung basieren auf der kulturevolutionären Durchbrechung des vormals verabsolutierten theozentrischen Weltbildes, die als geistige Voraussetzung für die Überwindung der vormodern-mittelalterlichen Gesellschaftsordnung wirkte. Daraus resultierte im weiteren historischen Entwicklungsgang die Ausprägung und gesellschaftliche Verallgemeinerung eines rational-innerweltlichen Tätigkeits- und Denksystems ohne jeglichen Gottesbezug. In Anlehnung an

---

3 Vgl. hierzu ausführlich Krauss 2013, Nagel 2014.

4 Vgl. hierzu grundsätzlich: <http://www.gam-online.de/text-islam%20und%20muslime.html>

5 Dieser Zusammenhang wird in folgendem Text genauer beleuchtet:  
<http://www.hintergrund-verlag.de/texte-islam-hartmut-krauss-islamisierung-als-reales-phaenomen.html>

6 Michael Ley: Der Selbstmord des Abendlandes. Die Islamisierung Europas. Osnabrück 2015. (Im Erscheinen)

Kant ausgedrückt: Der individuell-gesellschaftliche Mensch erfährt sich zunehmend als selbstbestimmtes Subjekt; die Sphäre des Glaubens wird einschneidend eingeschränkt und die Sphäre des Wissens enorm erweitert.

Demgegenüber verkörpert der Islam als vormoderne religiöse Herrschaftsideologie mit absolutem Geltungs- und Normierungsanspruch die totale („konterrevolutionäre“) Negation der säkularen Moderne sowie der aus ihr hervorgehenden Lebensordnung. Das gesamte menschlich-gesellschaftliche Sein wird unter allumfassende Gottesabhängigkeit in Form religiöser Gesetzes- und Normvorgaben gestellt<sup>7</sup>; die Menschen werden glaubensdogmatisch zu gehorsampflichtigen „Gottesknechte“ degradiert<sup>8</sup> und die Sphäre des Glaubens als Sphäre des unfehlbaren Wissens ausgegeben<sup>9</sup>. Dadurch generiert und reproduziert die islamische Herrschaftskultur beständig gesellschaftliche Rückständigkeit und fesselt die in ihr sozialisierten Individuen in extrem antiemanzipatorisch-autoritären Bewusstseinsformen und Mentalitäten<sup>10</sup>.

Die aktuell flächendeckenden Bürgerkriege, terroristischen Aufstände und Massenunruhen in islamischen Ländern und Gebieten mit starken muslimischen Bevölkerungsanteilen sind Ausdruck der strukturellen Unfähigkeit der islamischen Herrschaftskultur zu einer dringend notwendigen Modernisierung und Demokratisierung aus eigenen kulturellen Antriebskräften. Die reaktionäre Vorherrschaft des Islam als allseitiger vormoderner Regulierungsinstanz, die Recht, Politik, Staat, Alltag, Bildungsinhalte, Heirats-, Kleidungs- und Essverhalten etc. monokratisch normiert, wirkt als scheinbar unüberwindliche Barriere. Nur eine radikale Auflösung dieser herrschaftskulturellen Monokratie könnte hier Abhilfe schaffen.

Indem nun aber der Islam eine frühmittelalterliche Sozialordnung göttlich überhöht und raum-zeitlich verabsolutiert bzw. zum absoluten Ideal erhebt, ist ihm eine irreversible Tendenz zur „Selbstradikalisierung“ innewohnend: Da sich der objektive Gegensatz zwischen idealisierter Vergangenheit und sich fortschreitend verändernder sozialer Realität permanent verschärft und vertieft, sind die orthodoxen und konsequenten Anhänger des Islam subjektiv dazu verdammt, auf diesen Antagonismus mit immer radikaleren Einstellungen, Mitteln und Methoden zu reagieren. Tilman Nagel verweist in diesem Kontext auf den russischen Islamwissenschaftler Aleksandr Ignatenko, der in einem Aufsatz diesen „endogenen Radikalismus des Islams“ aus der Tatsache ableitet, „daß das Postulat der

---

7 „Der Islam war schon immer totalitär. Er beherrschte praktisch jeden Gedanken und jede Handlung der Gläubigen. Für dieses Verhältnis stand symbolisch zum Beispiel das Hersagen der Bismillah auch während der unwichtigsten Tätigkeit ebenso wie die allumfassende Bedeutung der Überlieferungen. Jegliche Handlungen, selbst diejenigen, die äußerst fundamentalen biologischen Bedürfnissen entsprechen wie Defäkation oder Koitus, wurden durch religiöse Vorschriften bestimmt. Selbst gesellschaftliche Handlungen, die in anderen Kulturen für außerhalb der Religion stehend angesehen werden, seien sie technischer, wirtschaftlicher oder künstlerischer Natur, wurden in das System integriert und religiös ausgelegt. Jegliche Handlung, Einrichtung, selbst jeglicher Gedanke, der dem System fremd war, wurde entweder abgelehnt oder, wenn dies nicht möglich war, eingegliedert und islamisiert“ (Rodinson, zit. n. Gopal 2006, S. 411f.).

8 Im Koran Sure 51, Vers 56 heißt es: „Ich habe (Dschinnen und) die Menschen nur geschaffen, damit sie mich verehren“. Diese bedingungslose „Hingabe an Gott“ bzw. „Unterwerfung unter den Willen Gottes“ - die eigentliche Bedeutung des Wortes ‚Islam‘ - beinhaltet die Befolgung eines allumfassenden Vorschriftenkataloges als den wahren Gottesdienst.

9 Insbesondere für den Islam gilt ungebrochen: Die Theologie „hat das menschliche Denken nur geblendet und nichts als Streit, Spaltung und Feindseligkeit hervorgebracht, wodurch das Blut der rasenden Menschen, die sie mit Eifer betörte, in Strömen floß.“ ( Du Marsais/Holbach S. 179)

10 Dass sich aus diesem soziokulturellen Herrschaftskontext ein kleinerer Teil lösen kann und sich der säkularen Werteordnung öffnet, ändert nichts an der dominanten Determinationsrichtung und -wirkung.

göttlichen Herkunft aller Normen dazu zwingt, immer wieder auf ein und denselben Grundstock von autoritativen Aussagen zurückzugreifen. Je weiter die Geschichte fortschreitet, desto störender macht sich der kulturelle und intellektuelle Abstand zu den Verhältnissen bemerkbar, die sich in jenen Aussagen widerspiegeln - und desto heftiger ist für die Gläubigen der Impuls, die Forderungen der autoritativen Texte in ‚reiner‘ Form zu verwirklichen.“ (Nagel 2014, S. 217)<sup>11</sup>.

Eine universalistische Menschenrechtsorientierung ist unvereinbar mit einem kulturell relativistisch halbierten und dekadenten Humanismus, der praktisch-konkret nur Europa in die Pflicht nehmen will, aber weder für den arabischen noch für den asiatischen Teil der islamischen Herrschaftsregion gelten soll. Hauptzielsetzung einer progressiv-humanistischen Politik, die mehr sein will als pseudophilantropische Symptombekämpfung, müsste es vielmehr sein, auf die Durchsetzung modernisierter und menschenrechtskonformer Gesellschafts- und Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern der Immigranten hinzuwirken. Alle anderen, „gutmenschlich“ verbrämten Ersatzstrategien wie die Umwandlung Deutschlands und Europas in eine diversifizierte Rettungs- und Helferstation für entwicklungsblockierte nichtwestliche Herrschaftskulturen, laufen im Endeffekt auf eine quantitative Ausdehnung und qualitative Verschärfung der global vernetzten Krisenprozesse hinaus. Vereinfacht ausgedrückt: Dort wird es nicht besser und hier zunehmend schlechter.

### 3. Ungesteuerte Zuwanderung als gesellschaftlicher Destabilisierungsfaktor

Nicht böswillig zugeschriebener „Rassismus“<sup>12</sup>, sondern die Unvereinbarkeit von säkularer Moderne und islamischer Herrschaftskultur ist der tiefere, zum Teil intuitiv und zum Teil kenntnisbasiert erfasste Grund für die Vermassung islamkritischer Einstellungen in Europa. Zu einem großen Teil beinhaltet die über den Pfad der Ost-West-Migration verlaufende „Globalisierung“ einen Import des Regressiven, Reaktionären und Antiemanzipatorischen in Gestalt vormoderner, offen oder verhüllt auftretender aggressiv-antisäkularer Einstellungs- und Handlungsmuster. Die re-aktive Ablehnung, Abwehr und Reduktionsabsicht gegenüber diesem Zustrom ist durchaus rational begründet und entspricht dem legitimen Interesse der Verhinderung einer zusätzlichen gesamtgesellschaftlichen Lageverschlechterung infolge externer Einwirkungen, wie sie aus dem ungesteuerten Migrationsgeschehen resultieren. Im Grunde geht es um die Verteidigung der noch vorhandenen (Rest-) Bestände der kulturellen Moderne, die durch das dialektische Zusammenspiel von „McWorld & Jihad“ (Barber) zunehmend paralysiert werden.

Die herrschende Klasse und ihr politisch-mediales Dienstpersonal gefährden mit ihrer globalkapitalistisch-multikulturalistischen Kommandopolitik immer stärker die gesellschaftliche Stabilität und zerstören den „Bürgerfrieden“. Tilmann Nagel (2014, S. 51)

---

<sup>11</sup> Die explizite historisch-dialektische Aufdeckung dieses „endogene Radikalismus“ ist eine weitere wissenschaftliche Widerlegung jener flachen (mechanistischen) „Deprivationsthese“, die radikal-islamische Verhaltensmuster bzw. Radikalisierungsprozesse von Muslimen ausschließlich aus „sozialer Benachteiligung“ und/oder „Diskriminierung“ ableitet. Vgl. hierzu Krauss/Vogelpohl 2010.

<sup>12</sup> Der Rassismusvorwurf ist mittlerweile durch pseudolinke Kräfte in eine ideologische Verleumdungskeule verwandelt worden, deren Handhabung neofaschistische Züge angenommen hat. Diese Begriffsvergewaltigung nützt wiederum im Endeffekt nur den echten Rassisten. Vgl. hierzu folgende Texte:

<http://www.gam-online.de/text-begriffserklärung.html> und

<http://www.gam-online.de/Bilder/ZENKLUSEN%20Ist%20der%20Antirassismus%20faschistoid%20geworden.pdf>

hat recht, wenn er feststellt: „Der Verzicht auf eine an den Interessen der aufnehmenden Bevölkerung ausgerichteten Integrationspolitik ist ein wesentlicher Faktor der grassierenden Politikverdrossenheit, die die Fundamente unserer Demokratie untergräbt.“ Tatsächlich werden durch verordnete Fremdenliebe, Hasskampagnen gegen Islamkritik, naive Multikulti-Ideologie, politisch-korrekte Nachrichtenzensur und verleumderischen „Antirassismus“ „Wutbürger“ regelrecht herangezüchtet und dubiosen Abendlandrettern in die Arme gerieben. Wer unter diesen Bedingungen noch etablierte Parteien wählt, ist selber schuld. Zusätzlich zu den bereits angehäuften Problemlagen, die aus der massenhaft gescheiterten Integration von muslimischen Zuwanderern resultieren (Ansammlung radikalislamischer Kräfte und Organisationen; Etablierung autoritär-patriarchalischer Sozialmilieus; Herausbildung eines islamisch normierten Subproletariats; Aufbau einer islamischen Paralleljustiz<sup>13</sup>), führt die aktuelle „Flüchtlingsschwelle“ und der kostspielige Aufenthalt einer großen Zahl illegaler Immigranten zu einer Erweiterung (Auffüllung) und Verschärfung gesellschaftlicher Bedrohungs- und Destabilisierungspotenziale. Hierzu einige konkrete Anhaltspunkte:

1. Wie bereits ausgeführt, immigrieren nicht nur Kriegsflüchtlinge und tatsächlich Asylberechtigte, sondern auch eine große Zahl von Personen ohne Asylanspruch (illegal Einreisende). Unter der letztgenannten Gruppe befinden sich auch gezielt eingeschleuste islamische Terroristen. Nach Aussagen des Beraters der libyschen Regierung, Abdul Basit Haroun, bringe der „Islamische Staat“ (IS) seine Kämpfer ganz bewusst auf Flüchtlingsbooten unter, damit diese so unentdeckt nach Europa gelangen können. Denn die europäische Polizei sei nicht in der Lage, zwischen IS-Kämpfern und „normalen Flüchtlingen“ zu unterscheiden<sup>14</sup>.

2. Der unregulierte und abrupt ansteigende Zustrom von Asylbewerbern, Flüchtlingen und illegal Einreisenden stellt Städte und Gemeinden zunehmend vor vielfältige Unterbringungs-, Betreuungs- und Finanzierungsprobleme, wobei letztere immer von der Klasse der steuerzahlenden Bürger aufzubringen sind - egal wie auch immer das Gerangel zwischen Bund, Ländern und Kommunen ausgeht. Verärgert und für manche wehleidigen Gemüter im Tonfall etwas polemisch, aber im Kern völlig zutreffend und den Gewinninteressen der Migrationsindustrie direkt entgegengesetzt, heißt es in einem dem Autor vorliegenden Leserbrief: „Über eine Billion Euro Schulden, marode Straßen und Schulen, wachsende Armutstafeln, steigende Armutszahlen, eine wachsende Zahl von kranken Arbeitnehmern ... was soll's, wir Deutsche sind ein reiches Land!“

Dieser Reichtumsmythos in Verbindung mit dem Diktat der politischen Korrektheit wird mittlerweile punktuell von kommunalen Entscheidungsträgern vergessen bzw. zwingt diese unter dem Druck der unhintergehbaren Wirklichkeit zur Umorientierung. So forderten 15 Bürgermeister und Landräte aus Nordrhein-Westfalen in einem „Brandbrief“ an die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, „Menschen mit bestandskräftig festgestellten Ausreiseverpflichtungen in ihre Heimatländer zurückzuführen, um die notwendigen Plätze für um ihr Leben fürchtende Flüchtlinge freizuziehen.“ Gerügt wird vor allem die Praxis, auch bei abgelehnten Asylanträgen von Personen aus sicheren Herkunftsländern wie Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina jeden Fall einzeln zu überprüfen, bevor tatsächlich eine Abschiebung erfolgen kann.

---

<sup>13</sup> Vgl. Krauss 2013.

<sup>14</sup> <http://www.bbc.com/news/world-africa-32770390>

3. Zwar gibt es immer wieder weit verstreute lokale und regionale Berichte über die zahlreichen kriminelle Taten, sexuelle Belästigungen, Gewalthandlungen etc. von Asylbewerbern innerhalb und außerhalb von Asylunterkünften. Aber diese werden in den Mainstreammedien systematisch ausgeblendet und tabuisiert oder durch aufgesetzte Moralposen a priori dementiert und mit dem Moderessentiment des pauschalen Rassismusvorwurfs abgewehrt. Auf diese Weise wird beständig eine an konkreten Fakten orientierte Realitätsverarbeitung und Problembewältigung bereits im Keim erstickt. Es ist zweifellos notwendig und selbstverständlich, massiv gegen rechtsextremistische Gewalttaten und Übergriffe auf Zuwanderer vorzugehen und rechtsradikaler Propaganda entgegenzuwirken. Allerdings wird hierbei so gut wie alles falsch gemacht. Denn die vorherrschende, politisch-medial weitgehend gleichgeschaltete Zuwanderungs- und „Buntheits“-Propaganda verleugnet einerseits die realen Folgen und sich verschärfenden Probleme ungesteuerter Zuwanderung und verfällt andererseits immer wieder in eine pauschale Diffamierung rational-kritischer Einstellungen. Damit wird aber eine Spirale gesellschaftspolitischer Dekadenz und öffentlicher Diskursverluderung in Gang gesetzt, die rechtsextremistischen Kräften und populistischen Vulgarisieren überhaupt erst den gegenwärtigen Auftrieb und Spielraum verleiht<sup>15</sup>.

## Grundlegende Aspekte eines problemadäquaten Handlungskonzepts

Im Gegensatz zu einer oberflächlichen, an Folgenbewältigung und nicht an Ursachenbekämpfung orientierten Politik, die über den propagandistischen Pfad der Mitleidserregung extern entstandene Probleme internalisiert und damit im Interesse bestimmter migrationsindustrieller Gruppen kontraproduktiv verlagert, gilt es ein Konzept der kausalen Problembewältigung umzusetzen, das destruktive Symptomabwälzung vermeidet und die legitimen Interessen der europäischen Aufnahmeländer berücksichtigt. An Stelle des untauglichen Versuches, Europa in ein „selbstloses“ Reha-Zentrum entwicklungsblockierter nichtwestlicher Herrschaftssysteme und -kulturen zu verwandeln, muss eine globale Menschenrechtsordnung durchgesetzt werden. Hierfür sind folgende Orientierungen und Maßnahmen zentral:

1. Von wesentlicher Bedeutung für die mittel- und langfristige *Eindämmung der Zahl von Kriegsflüchtlingen* ist die möglichst baldige Zerschlagung der islamistischen Terrorgruppen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika als oberstes Ziel. Im Interesse der konsequenten Beseitigung dieser religiösen Barbarei gilt es vor allem, eine effektive Anti-IS-Koalition unter Einschluss von Russland und China auf die Beine zu stellen und in diesem Sinne vermeidbare bzw. seitens des Westens künstlich hochgeschaukelte EU-Gegensatzszenarien wie den Ukraine-Konflikt zu deeskalieren und in diesem Kontext aufgeputschte antirussische Propaganda zurückzuschrauben. Erforderlich ist folglich eine unverzügliche internationale Konferenz zur multidimensionalen Bekämpfung des internationalen islamischen Terrorismus an Haupt und Gliedern.

---

15 Hierzu mein Artikel: Zuwanderungsdebatte zwischen Realitätsverzerrung und Volksverhetzung. *Eine kritische Betrachtung verfehlter Frontstellungen.* <http://www.gam-online.de/text-zuwanderungsdebatte.html>

2. Von entscheidender Bedeutung für die *Eindämmung des Zustroms von Armutsflüchtlingen/Scheinasylanten* ist die Zurückdrängung und Überwindung religiös-patriarchalischer Strukturen als Ursache für Überbevölkerung und der sich daraus ergebenden chronischen Bildungs- und Arbeitsplatzmiserie. Dementsprechend ist es notwendig, ökonomischen und politischen Druck auf die entsprechenden Länder auszuüben und entwicklungspolitische Projekte sowie Wirtschaftshilfeabkommen mit diesbezüglichen Auflagen (Maßnahmen zur Empfängnisverhütung, gegen Polygamie, fremdbestimmte Verheiratung Minderjähriger sowie gegen weibliche Genitalverstümmelung etc.) zu versehen bzw. davon abhängig zu machen.

3. An die Stelle militärischer und politischer Kollaboration mit menschenrechtswidrigen Regimen (inklusive Lieferung von Waffen und Sicherheitstechnik etc.) wie zum Beispiel den djihadfördernden und Fremdarbeiter ausbeutenden Golfmonarchien (Saudi-Arabien, Kuwait, Katar etc.) muss eine gezieltere Unterstützung säkularer und modernisierungsorientierter politischer Kräfte mit klarer antiislamistischer Ausrichtung treten. Zu unterstützen sind jene oppositionellen Kräfte in den betreffenden Ländern und Regionen, die sich gegen Korruption, Vetternwirtschaft, politische Repression und inhumane Lebensbedingungen zur Wehr setzen.

4. Anstatt europäische und deutsche Geldströme in nachgeschaltete Symptombekämpfung wie die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Betreuung und kostenintensive Verwaltung etc. von überwiegend illegalen Zuwanderern zu leiten, ist es sinnvoller, in den betroffenen Krisenländern präventive und kausalthérapeutische Maßnahmen zu finanzieren; insbesondere zur Aufklärung, Empfängnisverhütung, Stärkung der Frauenrechte, Verbesserung der Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur etc. . Denn: In Sekundarbildung qualifizierte Frauen „bekommen nicht nur später und weniger Kinder als Frauen mit weniger Schulbildung, sie ziehen auch gesündere Kinder groß und sorgen dafür, dass diese ihrerseits eine gute Ausbildung erlangen. Bildung ist statistisch der wichtigste Faktor für ökonomisches Wachstum.“<sup>16</sup> Da aber aufgeklärte und besser ausgebildete Frauen den zählebig tradierten islamisch-patriarchalischen Herrschaftsanspruch untergraben und tendenziell in Frage stellen, richtet sich der islamistische Haram-Terror nicht zuletzt gegen verbesserte Bildungschancen für Frauen.

5. Menschen mit kultureller Prägung lassen sich entgegen verdinglichender neoliberaler/multikulturalistischer Ideologie nicht „globalisieren“ wie Waren und Geld. Die EU sollte sich deshalb auf die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Asylanten konzentrieren, die verfolgten nichtmuslimischen Minderheiten angehören oder als Oppositionelle gegen islamische Herrschaftsverhältnisse verfolgt werden und eine stärkere soziokulturelle Affinität mit säkularen Wertorientierungen aufweisen. Demgegenüber sollten muslimische Flüchtlinge in sicheren islamischen Ländern Aufnahme finden. Schiiten und Alawiten im Iran, Sunniten in den arabischen Golfmonarchien und Rohingya in Indonesien und Malaysia.

6. Erforderlich ist eine nachhaltige Bekämpfung der kriminellen Schleusermafia und ihrer Infrastruktur. Dementsprechend gilt es, entgegenstehende Regelungen und Strukturen zu überwinden sowie Diskurse der Verharmlosung zurückzudrängen, die Schleuserkriminalität, Anstiftung zur Urkundenfälschung und Anleitung zum Asylbetrug als „mitmenschliche Hilfe“

---

16 Klingholz/Sievert 2014, S. 28.



verharmlosen. Stärker in die Pflicht zu nehmen sind in diesem Zusammenhang auch jene Staaten, von denen aus die Schleuserbanden weitestgehend ungehindert agieren können. „Die EU sollte stärker mit jenen Staaten kooperieren, aus denen die Migration ihren Verlauf nimmt. Explizites Ziel sollte es sein, Schlepperbanden und Menschenhandel zu unterbinden und damit zu verhindern, dass Boote mit irregulären Migranten überhaupt in See stechen“ (Klingholz/Sievert 2014, S. 25).

7. Der Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen kommt zweifellos oberste Priorität zu. Allerdings sollte das quasiautomatische Verbringen von geretteten Flüchtlingen nach Europa als zentraler Pull-Faktor ausgeschaltet werden. In diesem Sinne wären zwecks Rückführung von irregulären Immigranten Abkommen mit jenen Ländern zu schließen, von denen aus die Flüchtlingsboote starten.

8. Sinnvoll wäre es, wenn Deutschland und andere EU-Staaten bestimmte Jahreskontingente für legale Zuwanderung festlegen und ausschreiben würden, für die sich auch Personen aus den genannten Krisenländern zwecks Ausbildungs- und Arbeitsaufnahme bewerben können. „Unabhängig davon ist“, wie die Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte e.V. betont, „das Ausländer- und Zuwanderungsrecht insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Wir fordern ein Abschiebeverbot für islamkritische und demokratisch-oppositionelle Regimegegner sowie für verfolgte und von Genitalverstümmelung bedrohte Frauen und Männer in islamische Länder. Andererseits muss die Aufnahme von Flüchtlingen aus islamischen Kriegsländern mit intramuslimischen Konfliktszenarien (zwischen Sunniten, Schiiten, Alawiten) begrenzt werden. Im Kontext dieser muslimischen Kriege sind vielmehr jene Länder stärker in die Pflicht zu nehmen, die, wie Saudi-Arabien und Katar oder der Iran, die Konflikte schüren und mit Waffenlieferungen und militärischer Unterstützung anheizen und obendrein, wie insbesondere die superreichen Ölmonarchien, über große Finanzmittel zur Flüchtlingsaufnahme und -versorgung verfügen.“<sup>17</sup>

9. Von zentraler Bedeutung sowohl für die Ausschaltung der Anziehungskraft illegaler Zuwanderung als auch für die Vermeidung nachvollziehbarer Bürgerproteste ist andererseits die grundlegende Beseitigung des aktuellen Missstandes der rechtswidrigen Abschiebeverschleppung illegal eingereister Personen. Vor diesem Hintergrund der großen Zahl nichtabgeschobener illegaler Immigranten ist auch die aktuell vorgeschlagene Quotenregelung der EU-Kommission als realitätsfremd in Frage zu stellen<sup>18</sup>.

10. Die Forderung nach Verkürzung der Asylverfahren ist grundsätzlich zu unterstützen. Ebenso zielt eine möglichst rasche berufliche Eingliederung anerkannter Asylbewerber in die richtige Richtung. Generell sollte das Prinzip gelten: Raschere Integration Asylberechtigter, schnellere Abschiebung Illegaler. Zu vermeiden ist allerdings der rechtswidrige, aber kapitalfunktionale Versuch, aus Illegalen billige Arbeitskräfte auf Abruf und Zeit zu machen und so das Prekariat bzw. das Heer atypisch Beschäftigter im Niedriglohnssektor aufzufüllen - das Ganze natürlich unter der Maskerade gutmenschlicher (Wirtschafts-)Liberalität.

---

17 <http://www.gam-online.de/Bilder/S%C3%A4kulare%20Lebensordnung-Programm.pdf>

18 Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, 40.000 Flüchtlinge aus Lagern in Italien und Griechenland sowie weitere 20.000 Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg per Quotenregelung auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Als Schlüssel für die Quotenfestlegung sollen die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungsgröße, die Arbeitslosenquote sowie die Zahl der bereits aufgenommenen Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber dienen.

11. Grundsätzlich sollte eine Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu Lasten von Einheimischen und lange in Deutschland lebenden Einwanderern unterlassen werden - wie etwa durch Verdrängungskündigungen oder erzwungener Zweckentfremdung öffentlicher Einrichtungen wie Turnhallen, Bildungsstätten etc.<sup>19</sup> Hier zeigt sich in lokal zugespitzter Form, dass die unregulierte „Flüchtlingsaufnahme“ aus dem Ruder läuft und vermeidbare Konflikte induziert.

12. Nicht zuletzt ist eine transparente statistische Information der zuständigen Institutionen einzufordern (Arbeitsmarktstatistik, Bildungsstatistik, Kriminalitätsstatistik etc.), die über den konkreten Werdegang sowie den realen Integrationsstand der Asylbewerber und Flüchtlinge sachgerecht Aufschluss gibt und eine rationale Debatte ermöglicht.

## Literaturverzeichnis:

**Arabischer Bericht über menschliche Entwicklung 2009.** Herausforderungen für die menschliche Sicherheit in den arabischen Staaten (Kurzfassung). New York 2009.

**Arsel, Ilhan:** „Die Frauen sind eure Äcker“. Frauen im islamischen Recht. Übersetzt und herausgegeben von Arzu Toker. Aschaffenburg 2012.

**Autorengruppe Bildungsberichterstattung:** Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen.

**Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung:** Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin 2014.

**Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung:** Demos-Newsletter 184, 27.03.2015.

**Bundesagentur für Arbeit:** Der Arbeitsmarkt in Deutschland - Menschen mit Migrationshintergrund auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktberichterstattung, März 2014.

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF):** Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Forschungsbericht 8. Nürnberg 2010.

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Referat 124:** Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl.

Du Marsais, César Chesneau; Baron d' Holbach, Paul-Henri Dietrich: Essay über die Vorurteile oder Vom Einfluß der Meinungen auf die Sitten und das Glück der Menschen, eine Schrift, die die Verteidigung der Philosophie enthält. Leipzig 1972.

**Gopal, Jaya:** Gabriels Einflüsterungen. Eine historisch-kritische Bestandsaufnahme des Islam. 2. erweiterte Auflage Freiburg 2006.

---

<sup>19</sup> Siehe zum Beispiel: <http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/fluechtlinge-notfall-unterkunft-waldkraiburg-100.html> und <http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalmeldungen/zweites-asylbewerberheim-fuer-bautzen-gewerbetreibende-haben-kuendigung-bekommen-1090289/>

**Klingholz**, Reiner; **Sievert**, Stephan: Krise an Europas Südgrenze. Welche Faktoren steuern heute und morgen die Migration über das Mittelmeer? Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Discussion Paper 16, Oktober 2014.

Der **Koran**. Übersetzung von Rudi Paret. 10. Auflage. Stuttgart 2007.

**Krauss**, Hartmut: Islam, Islamismus, muslimische Gegengesellschaft. Eine kritische Bestandsaufnahme. Osnabrück 2008.

Krauss, Hartmut: Der Islam als grund- und menschenrechtswidrige Weltanschauung. Ein analytischer Leitfaden. Osnabrück 2013.

**Krauss**, Hartmut; **Vogelpohl**, Karin: Spätkapitalistische Gesellschaft und orthodoxer Islam. Zur Realität eines Desintegrationsverhältnisses jenseits von Verdrängung, Verschleierung und Bewältigungsromantik. In: Krauss, Hartmut (Hrsg.): Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden. Osnabrück 2010, S. 217-262.

**Ley**, Michael: Der Selbstmord des Abendlandes. Die Islamisierung Europas. Osnabrück 2015. (Im Erscheinen).

**Nagel**, Tilman: Angst vor Allah? Auseinandersetzungen mit dem Islam. Berlin 2014.

**Weltbevölkerungsbericht 2014**. Kurzfassung.

[http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/PDF/Weltbevoelkerungsbericht\\_2014.pdf](http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/PDF/Weltbevoelkerungsbericht_2014.pdf)

9. Juni 2015